

Roland Schäfer
Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

**„Älter werden in Deutschland
– Kommunen stellen sich der Herausforderung“**

Fachkonferenz zur Seniorenpolitik
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)
und des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

am
Donnerstag 14. September 2006

in
Bonn

www.dstgb.de
www.roland-schaefer.de

Einleitung

Im Namen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes begrüße ich Sie zu unserer heutigen Fachkonferenz „Älterwerden in Deutschland – Kommunen stellen sich der Herausforderung“, die wir gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchführen.

Mein Dank gilt zunächst Frau Familienministerin Dr. Ursula von der Leyen und Herrn Parlamentarischen Staatssekretär, Dr. Herman Kues sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die tatkräftige Unterstützung bei der Vorbereitung und der Durchführung der heutigen Fachtagung. Hierfür und für Ihr persönliches Erscheinen gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, mein besonderer Dank.

Die Einladung zu der heutigen Fachkonferenz über Herausforderungen in der kommunalen Seniorenpolitik hat mit über 200 Teilnehmern eine große Resonanz gefunden. Dies spiegelt die aktuelle Entwicklung in der Gesellschaft wider. Noch vor 10 Jahren hätte das heutige Thema wahrscheinlich nicht diese Aufmerksamkeit ausgelöst.

Demografische Entwicklung als zentrale Herausforderung

Nachdem der demografische Wandel zunehmend in das öffentliche und politische Bewusstsein gerückt ist, wird die Suche nach Lösungen und Anregungen zur praktischen Bewältigung zu einem zentralen Thema der Gesellschaft. Der demografische Wandel ist eine, wenn nicht **die** zentrale Herausforderung für die Städte und Gemeinden.

Die kommunale Seniorenpolitik ist in den nächsten Jahren gefordert, Antworten zu finden. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird sie einen Schwerpunkt der Kommunalpolitik bilden. Betroffen ist nicht nur die Sozialpolitik im klassischen Sinne in den Städten und Gemeinden, sondern die unterschiedlichsten kommunalen Politik- und Arbeitsfelder.

Die Menschen sind einem uralten Traum näher gekommen. Dank moderner Medizin aber auch den Fortschritten in der Gesundheitsprävention ist die durchschnittliche Lebenserwartung höher als je zuvor. Ende des Jahres 2004 waren von den 82,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland 15,4 Millionen oder 18,6 % über 65 Jahre und 3,6 Millionen (4,3 %) über 80 Jahre alt. 1994 hatten die entsprechenden Anteile bei 15,4 % und 4,1 % gelegen. Blickt man auf die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, so wird sich die sog. Alterspyramide umdrehen, d.h. bereits 2035 wird mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein. Im Jahr 2050 wird sich der Anteil der über 80-jährigen an der Gesamtbevölkerung verdreifacht haben.

Eine deutliche Verlängerung der Lebenszeit für viele Menschen ist doch wohl eine erfreuliche Entwicklung - sollte man meinen.

Das Gegenteil scheint allerdings der Fall zu sein, glaubt man einigen Äußerungen in den Medien.

Über die statistische Zunahme an Lebensjahren wird in der Öffentlichkeit vielfach berichtet wie über eine bevorstehende Naturkatastrophe: Man spricht von „drohender Überalterung“, „Vergreisung der Gesellschaft“, „Altenlast“ und „Rentnerschwemme“. Glaubte man manchen Veröffentlichungen in den Medien, dann hängt der demografische Wandel wie ein Damoklesschwert über der Bevölkerung. Vielfach ist festzustellen, dass ein sehr negatives Bild älterer Menschen gezeichnet wird. So als seien Unternehmertegeist und Initiativfreudigkeit unserer Gesellschaft durch die Alterung gefährdet.

So unübersehbar und einfach die Feststellung der demografischen Entwicklung ist, so schwierig ist es, angemessene Antworten und insbesondere Lösungen zu finden. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung und die Veränderung der traditionellen Familienstrukturen zwingen zur politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Zukunft unseres Gemeinwesens.

Älter werden als Chance

Mancherorts werden ältere Menschen noch als ökonomischer Ballast betrachtet. Der Fokus richtet sich hierbei auf die gesundheitlichen Einschränkungen und die damit

zusammenhängenden Belastungen im Gesundheitssektor. Dies verstellt oftmals den Blickwinkel, so dass die Leistungspotentiale, die ältere Menschen in die Gesellschaft einbringen können, nicht aktiviert werden.

Viele Menschen in der zweiten Lebenshälfte suchen eine Sinn erfüllte Aufgabe nach ihrer beruflichen und familiären Lebensphase. Sie verfügen über ein hohes Bildungsniveau, sind körperlich fit und engagementbereit. Ein Großteil dieser Menschen möchte sich nicht ins Privatleben zurückziehen und Tauben fütternd auf der Parkbank sitzen bzw. vor dem Fernseher hocken.

Wir müssen deutlich machen, dass das Alter keine Last, sondern ein Geschenk ist, und für die Gesellschaft eine Chance bietet, auch im Miteinander der Generationen. Diesen Zusammenhang zu realisieren, ist kein leichtes Unterfangen, doch ein lohnendes Ziel für die Kommunen.

Der Prozess der älter werdenden Gesellschaft darf nicht vorrangig als problembehaf-tet angesehen werden, weil die Menschen in der Mehrzahl gesünder altern, sich leistungsfähiger fühlen als frühere Generationen und ihre Kompetenzen in die Gesellschaft auch im Alter einbringen wollen. Wir müssen ein positives Bild vom Alter und vom Älter werden bekommen. Dieses positive Bild muss den Menschen auch in der Kommune vermittelt werden.

Wir brauchen einen langfristig angelegten Agenda-Prozess zum demografischen Wandel, vergleichbar der „Lokalen Agenda 21“ zur Umweltpolitik und nachhaltigen Entwicklung. Die demografische Entwicklung und damit die Alterung der Gesellschaft muss in die Leitbilddiskussion jeder Kommune aber auch in die Gesamtpolitik des Bundes und der Länder eingebunden werden.

Die Erfahrungen, das Wissen, die Kenntnisse und die Zeitressourcen der älteren Generation werden in Zukunft zu unschätzbaren Werten einer intakten Bürgergesellschaft gehören. Es ist in diesem Kontext eindeutig sinnvoll, die Selbständigkeit der Lebensführung und Normalität des Lebens im Alter zu fördern. Dies ist sowohl Zielsetzung als auch Voraussetzung, um Lösungen zur Bewältigung des demografischen Wandels zu finden, die finanzierbar und nachhaltig sind. Die grundlegende Heraus-

forderung liegt darin, unser Denken und unsere Sprache im Hinblick auf das Alter zu verändern. Es sollte mehr über gesellschaftliche Produktivität im Alter statt über Ruhestand nachgedacht werden.

Wichtig ist mir die Feststellung, dass Seniorenpolitik keineswegs im Widerspruch zu Kinder- und Familienpolitik steht. Im Gegenteil, beide Bereiche sind zwei Seiten derselben Medaille, d.h. Antworten mit unterschiedlicher Zielrichtung auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Bedeutung der kommunalen Ebene

Konsequenzen der Bevölkerungsschrumpfung und der demografischen Alterung werden zur Zeit noch primär auf nationaler Ebene diskutiert. Wir müssen aber die Auswirkungen des demografischen Wandels auf räumlicher Ebene, insbesondere auf der Ebene der Kommune in den Fokus nehmen.

Die kommunale Ebene bietet wegen der prinzipiell größten Nähe zu den konkreten Problemen grundsätzlich die besten Lösungsansätze. Sieht man die Alterung in einer Kommune im Kontext von Möglichkeiten und weniger als Problem, kann mit einer differenzierten und bedarfsorientierten Seniorenpolitik viel gewonnen werden.

Vor Ort muss ein Diskurs darüber angeregt werden, was die Alterung einer Gesellschaft für die Kommune selbst bedeutet bzw. bedeuten kann. Dabei müssen die Kompetenzen und Ressourcen der älteren Menschen für die Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort einbezogen werden.

Die Kommunen müssen begreifen, dass Daseinsvorsorge für eine älter werdende Kommune mehr bedeutet als Seniorenpolitik im hergebrachten Sinne. Vielfach wird man Zielübereinstimmungen zwischen Erwerbstätigen in ihrer Freizeit, Familien, Kindern und Jugendlichen sowie älteren oder auch behinderten Menschen finden und gestalten können. In der Regel wird es weiter sinnvoll sein, nicht nur die eigene Kommune zu betrachten, sondern auch das Umland. So können gemeinsame Konzepte, z.B. im Bereich der Mobilität oder der notwendigen sozialen Dienste gestaltet und koordiniert werden.

Dabei dürfen wir nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge gegenläufige Tendenzen erkennbar sind. Dazu gehören die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs, die Konzentration des Einzelhandels auf der grünen Wiese, die Schließung von Dienstleistungseinrichtungen, z.B. der Post oder von Geldinstituten und vergleichbare Entwicklungen. Die Städte und Gemeinden können vielfach nur begrenzt diesen Entwicklungen entgegenwirken, aber auch hier müssen wir nach neuen Ansätzen suchen.

Auch müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, dass die demografische Entwicklung auch mit Blick auf das Älterwerden in den Kommunen sehr unterschiedlich verläuft, im Osten schneller als im Westen, in Großstädten und Ballungsräumen anders als in ländlichen Regionen, in Wachstumsregionen anders als in schrumpfenden Regionen.

Ziel einer zukunftsorientierten, vorausschauenden Kommunalentwicklung muss es sein, im Schulterschluss zwischen Politik, Stadtverwaltung, Bürgerschaft, Vereinen, Wirtschaft, freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen Handlungsstrategien zu entwickeln, um sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und darauf mit adäquaten Mitteln zu reagieren. Der Vernetzung und Transparenz der unterschiedlichen Angebote und Träger wird in Zukunft ein hoher Stellenwert beigemessen werden müssen.

Wohnen im Alter

Anpassungen in der städtischen Infrastruktur werden insbesondere mit Blick auf die wachsende Zahl hochbetagter Menschen nötig sein. Aufgrund der ansteigenden Zahl der pflegebedürftigen Menschen ist eine sorgfältige Planung der Infrastruktur in den Kommunen unabdingbar. Ich will dabei, um Missverständnisse vorzubeugen, nicht automatisch Alter mit Pflegebedürftigkeit gleichsetzen.

Flexible, dezentrale Angebote werden neben einem steigenden stationären Versorgungs- und Betreuungsbedarf immer notwendiger.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass über 93 % der über 65jährigen in ihren Wohnungen und ihren angestammten Lebensräumen bis zum Lebensende verbleiben möchten. Den Herausforderungen des demografischen Wandels im Bereich Wohnen ist vor allem zu begegnen durch ein breites Spektrum alternativer Wohnangebote und –arrangements, aus denen ältere Menschen eigenverantwortlich wählen können. Ihnen muss es ermöglicht werden, auch bei eingeschränkter körperlicher oder psychischer Gesundheit möglichst lange zu Hause zu leben. Eine abgestufte, niedrigschwellige Infrastrukturplanung kann helfen, dass diese Angebote den Einzelnen auch erreichen; zudem kann sie dafür Sorge tragen, dass dem Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, entsprochen wird, auch wenn die Menschen Unterstützung benötigen. Dies erfordert jedoch ein kooperatives Handeln zwischen öffentlichen und privaten Partnern.

Die Frage nach den jeweils angemessenen Wohnbedingungen ist auf der Grundlage individueller Bedürfnisse und Werteentscheidungen zu beantworten. Daher werden „normale“ Wohnungen auch in Zukunft die überwiegende Wohnform Älterer bleiben. Das bedeutet, dass soziale Infrastrukturen, zusätzliche Serviceangebote sowie das räumliche Umfeld um die Wohnungen selbst in weit höherem Maße als bisher altersgerecht gestaltet sein müssen.

Dabei geht es um ganz praktische Standpunkte: Wie wohnt man? Welche baulichen Voraussetzungen gibt es? Wie ist Pflege organisiert? Welche Verantwortung wird in Gemeinschaften übernommen?

Die Koordination der Angebote und vor allem die Förderung von Konzepten, der Aufbau eines Beratungsanbots für Wohnformen im Alter und die Möglichkeiten der Anpassung vorhandener Wohnungen an die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung gehören zu den wichtigsten kommunalen Zukunftsaufgaben.

Gesundheitsförderung und Prävention

Die Gruppe von Menschen in der zweiten Lebenshälfte in den Kommunen ist sehr heterogen. Sie befinden sich in völlig verschiedenen Lebenslagen, haben unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse, Ziele und Lebensplanungen. Auch die

Gesundheit und Fitness, die Interessen und Aktivitäten der Menschen differieren gewaltig.

Unabhängig von den individuellen Eigenschaften und Bedürfnissen braucht jeder Mensch ein hinreichendes Maß an körperlicher, seelischer und vor allem sozialer Einbindung jenseits von Familie, Nachbarschaft oder ehemaliger Kollegenschaft.

Durch gesundheitsfördernde und präventive Angebote können Gesundheitseinschränkungen, Funktionseinbußen und Krankheiten vermieden, ihr Fortschreiten verhindert oder vermindert sowie Folgeschäden abgeschwächt oder vermieden werden. Gesundheitsförderung und Prävention sind auch im hohen Alter sinnvoll und möglich. Hierdurch kann nicht nur die individuelle Lebensqualität erhalten oder verbessert werden, auch die Kosten für medizinische und pflegerische Versorgung werden verringert. Gesundheit ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Bürgerschaftliches Engagement

Die Bereitschaft der älteren Generation, Verantwortung zu übernehmen, ist groß; sogar größer als die Gelegenheiten sich eigenverantwortlich in Institutionen, Vereinen, Verbänden und Organisationen zu engagieren. Auch der Wunsch nach Weiterbildung und Qualifizierung für das bürgerschaftliche Engagement ist ungebrochen.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist allerdings kein leichter Weg. Es ist nicht selten ein konfliktträchtiger Prozess, dem wir uns immer wieder neu stellen müssen. Konkurrenzdenken sowie mangelnde Absprachen gehören zu diesem Prozess. Auch Rollenklärungen zwischen hauptamtlichen und bürgerschaftlich engagierten Akteuren sind erforderlich. Da sind noch viele Hemmnisse zu überwinden..

Doch wer einen aktivierenden Staat favorisiert, muss ihn auch mit entsprechenden Strukturen stützen. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht zum Null-Tarif zu bekommen!

Durch eine konsequente Offenlegung der Entwicklungen und Zielsetzungen in den Kommunen sowie Erkennen von Bedürfnissen und einer glaubwürdigen Wertschät-

zung des bürgerschaftlichen Engagements fühlen sich viele Menschen angesprochen, in verschiedenen Projekten Kompetenz, Erfahrung, Wissen und Zeit zu investieren. Es bedarf einer gezielten Anerkennungskultur. Hier sind längst nicht alle Potentiale erschlossen. Die Ergebnisse sind dabei immer ein Gewinn für die Menschen in den Kommunen.

Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort

Ein letzter Aspekt ist die Auswirkung des demografischen Wandels auf die Arbeitsplatzsituation und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Ohne weitere Zuwanderung und bei gleich bleibender Kinderzahl wird die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 von derzeit ca. 82,5 Millionen auf 60 Millionen Einwohner sinken. Die Zahl der Erwerbspersonen wird von heute ca. 41 Millionen auf 26 Millionen zurückgehen.

Die Folgerung daraus kann nur sein: Der Trend zur Frühverrentung muss gestoppt werden, wir können uns das nicht länger leisten!

Wir müssen vielmehr auch das Erwerbspotenzial der älteren Menschen stärker nutzen als bisher, denn schon in wenigen Jahren wird es an Arbeitskräften fehlen und der Mangel an bewährten Kräften kann zur Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden.

Parallel dazu müssen wir die Bildungsoffensive vorantreiben, damit möglichst wenig Schüler auf der Strecke bleiben und zu den Hartz-IV-Empfängern von morgen werden. Die demografische Dividende, wenn weniger Schüler in kleineren Klassen besser betreut werden können, ist eine Chance des Schrumpfungsprozesses, die wir nutzen müssen.

Eine andere aktuelle Entwicklung ist, dass die Wirtschaft und die Werbung inzwischen allmählich die „Generation 50plus“ als schlafenden Riesen und als schlummernden Binnenmarkt entdecken. Neue Märkte und Potentiale der so genannten Erben-Generation werden erforscht.

Die älter werdende Gesellschaft wird zudem zunehmend andere Formen von Dienstleistungen benötigen. Der Bereich der altersorientierten und der gesundheitsnahen

Dienstleistungen könnte sich schon kurzfristig in Deutschland zur einer Jobmaschine entwickeln, wenn wir die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten.

Resümee und Ausblick

Viele der notwendigen Maßnahmen und neuen Angebote im Rahmen der Seniorenpolitik kosten Geld. Angesichts der demografischen Entwicklung sind diese Mehrkosten, die auf die Kommunen zukommen, aber unabweisbar. Die Kommunen brauchen ausreichende Finanzmittel, um den Anforderungen der kommunalen Daseinsvorsorge Rechnung tragen zu können.

Aktive Seniorenpolitik ist nur mit starken Kommunen gestaltbar!

Die zusätzlich entstandenen kommunalen Aufgaben können von den Kommunen nicht allein bewältigt werden, sondern nur durch ein Zusammenwirken aller Akteure. Dazu müssen aber die Strukturen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, von Wohlfahrtsverbände und anderen in der Altenarbeit Aktiven wesentlich effizienter gestaltet, grundlegend überprüft und modernisiert werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch die besondere Bedeutung der Seniorenbüros bei der Koordinierung und Initiierung kommunaler Seniorenpolitik auf der Ebene der Städte und Gemeinden hervorheben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen wichtigen Aspekt eingehen: Seniorenpolitik muss mit den älteren Menschen gemeinsam gestaltet werden. Seniorinnen und Senioren einschließlich ihrer Selbsthilfeorganisationen kommt dabei eine zentrale aktive Rolle zu.

Wir stehen erst am Anfang eines langen und schwierigen Weges, zu dem es aber keine Alternative gibt.